

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

vor etwa einem Jahr hatten wir dem Haushalt des Jahres 2009, zwar mit Bedenken, aber mit der Hoffnung, dass für 2010 ein besserer Plan möglich ist, zugestimmt.

Diese Hoffnung ist jetzt, nach der Vorlage für dieses Jahr, leider gestorben.

Die so oft strapazierte kommunale Selbstverwaltung ist, dies wird sehr deutlich, mehr und mehr gefährdet und eingeschränkt.

Den vom Bürgermeister in seiner Haushaltsrede vom 10.März dieses Jahres dargestellten Zahlen und Ausführungen ist im Grunde genommen nichts mehr hinzuzufügen. Es spricht für sich, wenn allein die Schlüsselzuweisungen um fast 1 Millionen EURO geringer ausfallen und der Gemeindeanteil an der Einkommens-Steuer um rd.200.000 EURO gesunken ist.

Die Ausgaben wurden vernünftigerweise auf das Notwendigste zurückgeführt, was auch wir begrüßen. Trotzdem mussten zum Haushaltsausgleich einmal die so genannte Ausgleichrücklage aufgebraucht werden und zum zweiten auch noch rd.1, 7 Millionen EURO der Allgemeinen Rücklage entnommen werden.

Damit ist der Haushalt der Stadt Hallenberg „fiktiv“ ausgeglichen; wobei wir hoffen, dass die Aufsichtsbehörde dies auch so sieht.

Der Bürgermeister hat in seinen Erläuterungen auch den früheren Bundestags-Abgeordneten Friedrich Merz zitiert, wonach die Probleme der Gemeinden nicht durch Sparen zu lösen sind. Diese Aussage ist nur zu begrüßen. Den Appell von Herrn Kronauge in diesem Zusammenhang, bzw. sein „Hilferuf“ nach Berlin und Düsseldorf müssen wir allerdings ergänzen, und zwar mit einem sehr lauten Hilferuf nach Meschede, also zum Kreistag.

Aber wer ist eigentlich der Bund, das Land bzw. der Kreis? Sind das nur ferne Leute oder sind das nicht auch die von uns selbst gewählten Abgeordneten?

Es ist sicherlich zu einfach zu sagen: die in Berlin, Düsseldorf oder Meschede, die entscheiden Sachen, die wir nicht beeinflussen können. Gerade sie meine Kolleginnen und Kollegen im Rat, die doch zum Teil gute Kontakte zu ihren Abgeordneten im Bund, dem Land und im Kreis haben, sind jetzt stärker und mehr gefordert, diese Kontakte auch dafür zu nutzen, das eine oder andere zu ändern.

Dafür ein klassisches Beispiel. Der Bürgermeister beklagt – mit Recht – den Wegfall der Jagdsteuer ab dem Jahr 2013. Dem Kreis fehlen dadurch rd. 800.000 EURO. Durch die Änderung des § 3 Abs.1.Satz 1 und 2 KAG NW haben die Gemeinden aber bis 2012, also für die Haushaltsjahre 2011 und 2012 die Möglichkeit eine eigene Jagdsteuer zu erheben. Dies würde für die kommenden Jahre eine erhebliche Entlastung unseres Haushaltes bewirken. Für die Jagdpächter erfolgt keine Mehrbelastung, da die Gesamtbelastung in Höhe des bisherigen Steuersatzes konstant bleibt. Die BfH wird dazu in diesem Jahr rechtzeitig einen entsprechenden Antrag einbringen.

Auch wir beklagen die Erhöhung der Kreisumlage. War es denn wirklich vom Kreis notwendig für rd. 30 Millionen Aktien der RWE zu kaufen.

Der Hochsauerlandkreis besitzt z.Zt. ein Aktienvermögen von rd.400 Millionen EURO der RWE. Hätte man die Kreisumlage nicht unverändert lassen können?

Dies wäre doch haushaltstechnisch über die Ausgleichsrücklage und Liquiditätsmöglichkeiten ohne Verschuldung auf Grund des hohen Aktienvermögens möglich gewesen.

Aber auch Hallenberg, als 2.kleinste von 396 Gemeinden in NRW muss langfristig für die Zukunft planen. Es gibt nur 3 Gemeinden, die weniger als 5000 Einwohner haben. Hallenberg ist eine davon.

Müssen wir uns deshalb nicht ernsthaft Gedanken darüber machen, ob nicht Kooperationen mit Nachbargemeinden auf Dauer zu Kostenersparnissen führen? Beispiele dazu gibt es bereits; sogar bei größeren Gemeinden wie Hemer und Iserlohn. Dort werden z.Zt. entsprechende Modelle geprüft.

Viele Probleme, wie z.B. die sinkende Einwohnerzahl, Häuserleerstand in allen Stadtteilen, fehlende Ärzte, Rückgang der Geburten, die abnehmende Zahl der Hauptschulanmeldungen, der stagnierende Verkauf der Grundstücke im Bereich des ehemaligen Klosters und der Leimbach sind nur durch neue, u.U. auch unkonventionelle, Ideen zu lösen. Gute Ansätze dazu gibt es. Zukunftsorientierung im Interesse aller Bürger muss unser aller Anliegen sein. Dies geht nur gemeinsam. Wir sind dazu bereit.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.